

Pressemitteilung

CDU möchte Arbeit der Kinder- und Jugendhospizdienste würdigen

Zum Tag der Kinderhospizdienste am 10. Februar soll das Engagement in den Mittelpunkt rücken.

GIESSEN. Zur kommenden Aprilsitzung der Gießener Stadtverordnetenversammlung hat die CDU-Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach der Magistrat der Stadt Gießen gebeten wird, sich im Vorfeld des nächsten „Tages der Kinderhospizarbeit“, der am 10. Februar 2023 stattfinden wird, mit den in Gießen tätigen Kinderhospizdiensten in Verbindung zu setzen, um geeignete Formate, Veranstaltungen und Aktionen zu erarbeiten, zu ermöglichen und zu unterstützen, um so die beeindruckende Arbeit der Kinder- und Jugendhospizdienste zu würdigen und am 10. Februar in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung zu rücken.

Im weiteren Beschlusstext fordern die Christdemokraten, dass der Ausschuss für Soziales, Sport und Integration (SSI) gebeten wird, in einer der kommenden Sitzungen Vertreterinnen und/oder Vertreter des in Gießen ansässigen Vereins „Ambulante Kinder- und Hospizdienst Gießen/Marburg e.V.“ einzuladen, um diesen Gelegenheit zu geben, ihre Arbeit vorzustellen.

Der „Tag der Kinderhospizarbeit - Aktiv im Zeichen der grünen Bänder“ wurde erstmals 2006 ausgerufen. Als Zeichen der Verbundenheit werden beispielsweise Menschen dazu aufgerufen, grüne Bänder der Solidarität z. B. an Fenstern, Autoantennen oder Bäumen zu befestigen. Öffentliche Gebäude werden grün angeleuchtet. Auch Unternehmen und Banken werden gebeten, sich daran zu beteiligen. Durch diesen Aktionstag am 10. Februar soll auf die Inhalte der Kinderhospizarbeit und ihrer Angebote hingewiesen und diese bekannter gemacht, Menschen für ehrenamtliches Engagement gewonnen, ideelle und finanzielle Unterstützer gefunden werden und das Thema „Tod und Sterben von Kindern“ enttabuisiert werden.

„Bislang beteiligte sich die Stadt Gießen nicht am „Tag der Kinderhospiz“, daher soll sich der zuständige Ausschuss mit der Arbeit befassen und die Stadt künftig einen Beitrag dazu leisten, auf die Schicksale der unheilbar erkrankten Kinder und Jugendlichen und deren Familien sowie die Arbeit der Kinderhospizdienste hinzuweisen. Ein Rahmen hierfür wäre der 10. Februar“, ist sich der Fraktionsvorsitzende Klaus Peter Möller sicher.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung